

## Schweiz

## Eine Stadt schrumpft

Als einzige grosse Schweizer Stadt verliert St. Gallen an Einwohnern. Liegt es an der Randlage, fehlenden Arbeitsplätzen oder wirkt noch immer das Trauma des Zusammenbruchs der Textilindustrie nach?

Michael Soukup

Als vor hundert Jahren der Bahnverkehr einen stürmischen Aufschwung erlebte, mussten in den Städten Europas die ursprünglichen Bahnanlagen repräsentativen Gebäuden weichen. Auch Lausanne und St. Gallen erstellten voller Selbstbewusstsein und Zukunftszuversicht zeitgleich einen neuen Bahnhofspalast. In der Westschweiz entstand eine massive, vorspringende Bahnhofshalle nach dem Vorbild des Leipziger Bahnhofs. In Erwartung eines grossen Bevölkerungswachstums errichteten auch die Ostschweizer 1911 ein Werk von der Monumentalität eines preussischen Ministeriumsgebäudes. Heute wirkt der Bau merkwürdig überdimensioniert. Irgendetwas ist in St. Gallen schiefgegangen.

Ende des Ersten Weltkriegs waren beide Städte noch etwa gleich gross. Während Lausanne aber weiterwuchs und heute auf 140 000 Einwohner zugeht, wohnen in St. Gallen 75 000 Menschen – so viele wie Anfang des letzten Jahrhunderts. 2016 begann die Stadt gar zu schrumpfen. Zwar betrug der Rückgang nur 0,05 Prozent oder einige Hundert Menschen. Angesichts des seit 20 Jahren anhaltenden Schweizer Städtebooms ist dies erstaunlich. Gerade letzte Woche wurde bekannt, dass in Zürich über 400 000 Einwohner leben – so viele wie seit 45 Jahren nicht mehr.

Der gewaltige Bahnhof und die Bevölkerungsentwicklung St. Gallens hängen eng zusammen mit dem Aufstieg und dem Fall der Ostschweizer Textilindustrie. «Der Bahnhofspalast war einst als grosszügige Visitenkarte einer aufstrebenden Beinahe-Grossstadt und einer unvergleichlichen ökonomischen Prosperität geplant», schrieb vor gut sechzig Jahren der Basler Publizist Fritz René Allemann. Seine Kantonsporträts zählen auch heute noch zu den präzisesten überhaupt. Die Stickerei war der Stolz und die Wirtschaftsgrundlage einer ganzen Region. Bis Anfang des 20. Jahrhunderts bildeten die sankt-gallischen Handelshäuser ein Weltimperium. Rund 100 000 Menschen lebten von der Textilarbeit, und St. Gallen gehörte landesweit zu den reichsten Städten.

### Der Stolz des Stadtpräsidenten

Dann brach die Weltwirtschaftskrise aus. Nirgends in der Schweiz war sie so verheerend wie in St. Gallen. «Das war nicht eine Krise: Es war ein ökonomischer Zyklon, ein Kollaps», stellte Allemann fest. Jeder sechste Bewohner verliess die Stadt: «Tot und wie verschüttet lag sie zwischen ihren Hügeln, nicht viel mehr als eine trübselige Ruine weltumspannenden Unternehmungsgeistes.»

Erst in den Sechzigerjahren war die Bevölkerung mit rund 75 000 Einwohnern wieder auf den Stand von 1910 angewachsen. Von der überwundenen Krise



Der gewaltige Bahnhof (im Hintergrund) wirkt in St. Gallen merkwürdig überdimensioniert. Foto: Branko De Lang (Keystone)

zeugt auch das damals erstellte Rathaus, ein 55 Meter hohes gläsernes Verwaltungsgebäude beim Bahnhof. Im 11. Stock hat Stadtpräsident Thomas Scheitlin (FDP) sein Büro. Auf die Frage, ob sich St. Gallen jemals von diesem Trauma erholt habe, sagt Scheitlin: «Der Zusammenbruch spielt heute praktisch keine Rolle mehr.» Seine Stadt sei das Zentrum des Wirtschaftsraums zwischen Bodensee, Säntis und Fürstenland mit rund 150 000 Arbeitsplätzen. «Zu unseren grossen Vorzeigeunternehmen gehören die Raiffeisenbank und die Helvetia Versicherungen.» Ausserdem gebe es namhafte IT-Firmen wie etwa Namics. «Und natürlich haben die Textilfirmen ihre Kreativabteilungen noch hier.»

Tatsächlich macht St. Gallen nicht den Eindruck einer stagnierenden Stadt – dafür ist der Rückgang noch zu gering. Die Altstadt mit der Stiftskirche, welche von der Unesco in die Liste des Weltkulturerbes aufgenommen wurde, wirkt genauso gepflegt und belebt wie jede andere Innenstadt in der Deutschschweiz. Neue, moderne Gebäude wie das 75 Meter hohe Fachhochschulzentrum oder der Turm des Bundesverwaltungsgerichts vermitteln Aufbruchstimmung.

Doch Regionalökonomien interessieren sich in erster Linie für Zahlen. «2015 war der inländische Wanderungssaldo mit Abstand der negativste seit 2000», erklärt Simon Hurst vom Swiss Regional Research der Credit Suisse. Netto verliessen

712 Menschen St. Gallen, um anderswo in der Schweiz zu leben. Interessant sind ihre Zielorte: An erster Stelle steht Zürich, dann folgen drei steuergünstige Vorortsgemeinden und Winterthur. Ein Bevölkerungsrückgang konnte nur durch Zuwanderung aus dem Ausland verhindert werden. Hurst glaubt, dass dies auch mit dem mangelnden Arbeitsplatzangebot zu tun hat: «Zwischen 2011 und 2014 betrug das Beschäftigungswachstum zwar immerhin 2,8 Prozent.» In Luzern oder Zürich seien es aber 4,2 respektive 3,3 Prozent gewesen. «St. Gallen fehlen die dynamischen Wachstumsbranchen.»

Etrit Hasler ist Slam-Poetry-Pionier sowie SP-Gemeinderat und -Kantonsrat in St. Gallen. Wir treffen uns in der Militärkantine, einem vorbildlich renovierten Gebäude, das Anfang des letzten Jahrhunderts als Offiziersunterkunft erstellt wurde. Hier essen Kreative wie Bundesrichter zu Mittag. Auf Haslers schwarzem T-Shirt prangt der Spruch «Ribel Rabel Rubel, HSG du Tubel». Er glaubt im Unterschied zum Stadtpräsidenten nicht, dass die zu den besten Wirtschaftshochschulen Europas zählende Universität St. Gallen (HSG) der Stadt viel bringe: «Mit ihrem elitären und abgehobenen Gebaren bleibt sie ein Fremdkörper.» Einerseits würden die wenigsten Absolventen später hier arbeiten und wohnen, andererseits führe die einseitige Ausrichtung auf Wirtschaftswissenschaften zu einem Brain-drain: «Wer sich für Geistes- oder Natur-

wissenschaften interessiert, muss ausserorts studieren.» So würden viele seiner früheren Schulkollegen heute in Zürich, Bern oder Basel wohnen.

### Keine politische Reaktion

«Hinter Winterthur hört die Schweiz auf» heisst ein bekannter Spruch. Beim Umzug des Bundesverwaltungsgerichts von Bern nach St. Gallen 2012 war nur die Hälfte der 400 Mitarbeiter bereit umzuziehen. Darauf wollten die Bundesbehörden, das Personal mit einer Prämie von 5000 Franken locken. Worauf das «St. Galler Tagblatt» indigniert meinte, dass ein Arbeitsplatz in der Ostschweiz kein Straflager in Sibirien sei. Scheitlin sagt, dass die Randlage kein grosses Thema mehr sei: «Dank der Inbetriebnahme der Zürcher Durchmesserlinie vor einem Jahr hat sich die Erreichbarkeit deutlich verbessert.» Es hätten sich deswegen etliche Firmen in St. Gallen angesiedelt, weil der Flughafen Zürich nur 45 Minuten entfernt sei. «Aber unsere Analysen zeigen auch, dass sich Wegzügler wegen des Arbeitsplatzes in Zürich niederlassen.» Eine Stunde hin- und zurück sei ihnen oft zu lang.

Etrit Hasler amüsiert die Fragerei, warum seine Stadt schrumpfe. Irgendwann im Verlauf des Gesprächs sagt er: «Eigentlich geht uns St. Gallen das am Arsch vorbei.» Das hätten auch die politischen Reaktionen gezeigt, als der Bevölkerungsrückgang bekannt wurde. Es gab keine einzige.

## Das Dilemma der Ständeräte

Die Burka-Debatte zeigt: Vielen Politikern fällt es schwer, Stellung zu beziehen.

Camilla Alabor

Wie gut, dass die Schweiz aus Kantonen besteht und diese eigene Kompetenzen haben. Das mag sich manch ein Parlamentarier gedacht haben, als der Ständerat am Donnerstag das Burka-Verbot diskutierte. Diese Tatsache erlaubte es den Ständeräten, auf den Inhalt der parlamentarischen Initiative von SVP-Politiker Walter Wobmann nur am Rande einzugehen. Stattdessen betonten sie, dass das geforderte Verhüllungsverbot Sache der Kantone sei und die Verfassung deshalb der falsche Ort, um ein solches festzuschreiben. Zudem mache es keinen Sinn, einen solchen Vorstoss im Parlament anzunehmen, während Wobmann gleichzeitig Stimmen für eine gleichlautende Volksinitiative sammelte.

Die Argumentation zeigte das Dilemma auf, in dem viele Politiker stecken: Keiner findet es gut, wenn Frauen eine Burka tragen. Das bringt die Gegner der Initiative in die schwierige Lage, eine Vorlage zu bekämpfen, die sie nur aus Prinzip ablehnen. Zudem fürchten viele, dass die Initiative vor dem Volk gute Chancen hat. Sie verspüren deshalb wenig Lust darauf, dafür eine Konfrontation mit ihren Wählern zu riskieren.

Andrea Caroni (FDP) war einer der wenigen, der sich mit deutlichen Worten gegen Wobmanns Vorstoss aussprach. Zwar sei auch ihm unwohl, wenn er einer Person mit Burka begegne, sagte er. «Aber mein persönliches Unwohlsein ist noch lange keine Legitimation für ein Verbot.» Jedem und jeder stehe es frei, sich so zu kleiden, wie er wolle. «Kleidervorschriften gehören nicht in die Bundesverfassung.» Auch Anita Fetz (SP) gehörte zu jenen, die sich dezidiert gegen die Initiative aussprachen: Das Argument der Rechten, man wolle mit einem Burkaverbot unterdrückten Frauen helfen, sei «scheinheilig und reine Symbolpolitik».

Die Befürworter der Vorlage hatten dagegen wenig Mühe, Klartext zu reden. So sagte Thomas Minder (parteilos), dass es bei der Initiative nicht um die Burka gehe, sondern um die «stark zunehmende Islamisierung». Unterstützung erhielt er vom Filippo Lombardi (CVP). Dieser argumentierte, dass das Tessin mit der Umsetzung des kantonalen Burka-Verbots gute Erfahrungen gemacht habe. Er sprach sich deshalb für ein Verhüllungsverbot in der ganzen Schweiz aus.

Letztlich entschied sich der Rat aber anders: Mit 26 zu 9 Stimmen lehnte er den Vorstoss deutlich ab.

## Nein zu Bundesdiktat bei Bahnverkehr

Verkehrsministerin Doris Leuthard erlitt am Donnerstag im Parlament eine empfindliche Niederlage. Der Nationalrat hat die neuste Bahnreform vor allem dank der Stimmen von SVP und FDP an den Bundesrat zurückgewiesen. Sogar die ÖV-freundlichen Grünen waren mit der Kritik der Wirtschaft, der Kantone und der Städte an der Vorlage weitgehend einverstanden. Jetzt muss Leuthard die Reform überarbeiten.

Der nüchternen Name der Vorlage «Organisation der Bahninfrastruktur» täuscht über die Brisanz des Inhalts hinweg. Die Bürgerlichen wollen unabhängige Instanzen, die mehr Konkurrenz auf dem Schienennetz zulassen. Ihre Erwartung ist, dass die Infrastrukturen (Schienen, Signale, Tunneln und Brücken) aus den heutigen Bahnunternehmen herausgelöst und von einer neutralen Bundesanstalt weitergeführt werden, davon betroffen wären auch die SBB. Leuthard war gegen die Herauslösung – entgegen den Empfehlungen eines Expertenberichts.

Kantone und Städte kritisierten vor allem, dass der Bund ihnen neu das Tarif- und Zonensystem hätte «diktieren» können. Unbestritten war, dass das heutige Tarifsystem vereinfacht werden muss. Das Recht auf Entschädigung für Passagiere soll in einer separaten Vorlage behandelt werden, entschied die Parlamentsmehrheit. (val)

Deutschschweizer Städte

## Der Wachstumsboom ist vorbei

Abgesehen von Zürich und Winterthur wachsen die Städte kaum noch. Schuld ist die sinkende Zuwanderung.

Zürich wächst und wächst. Allein zwischen 2011 und 2016 nahm die ständige Wohnbevölkerung um 20 000 auf rund 400 000 Einwohner zu. Würde man auch die Wochenaufenthalter oder Flüchtlinge dazuzählen, wären es gar knapp 416 000 Personen. So betrug letztes Jahr die Zunahme 1,29 Prozent. Das ist der höchste Wert aller grossen Deutschschweizer Städte. Nur noch Winterthur konnte mit 1,23 Prozent mithalten. Die beiden Zürcher Grossstädte sowie Genf und Lausanne sind die Ausnahmen. «Schaut man sich die aktuelle Bevölkerungsentwicklung bei den 21 Städten mit über 30 000 Einwohnern an, dann hat sich das Wachstum schon abgeflacht», sagt Martin Tschirren, stellvertretender Direktor des schweizerischen Städteverbands. «In anderen Worten: Der grosse Wachstumsboom scheint vorläufig vorbei.»

Basel und Bern wuchsen noch um 0,5 respektive 0,78 Prozent. Luzern stagniert praktisch mit 0,14 Prozent, und in St. Gallen ist die Bevölkerung gar leicht geschrumpft. Dabei handelt es sich um provisorische vom «Bund» bei den Städten erfragte Zahlen. Das Bundesamt für Statistik veröffentlicht die offiziellen Daten für alle Gemeinden im August.

«Da zwischen 2000 und 2010 30 Prozent der Zuwanderung in die zehn grössten Schweizer Städte erfolgte, ist die aktuelle Entwicklung zu einem rechten Teil auf den Rückgang der Einwanderung zurückzuführen», sagt Tschirren. Letztes Jahr nahm die Bevölkerung um 60 000 Einwohner zu, drei Jahre zuvor waren es 81 000.

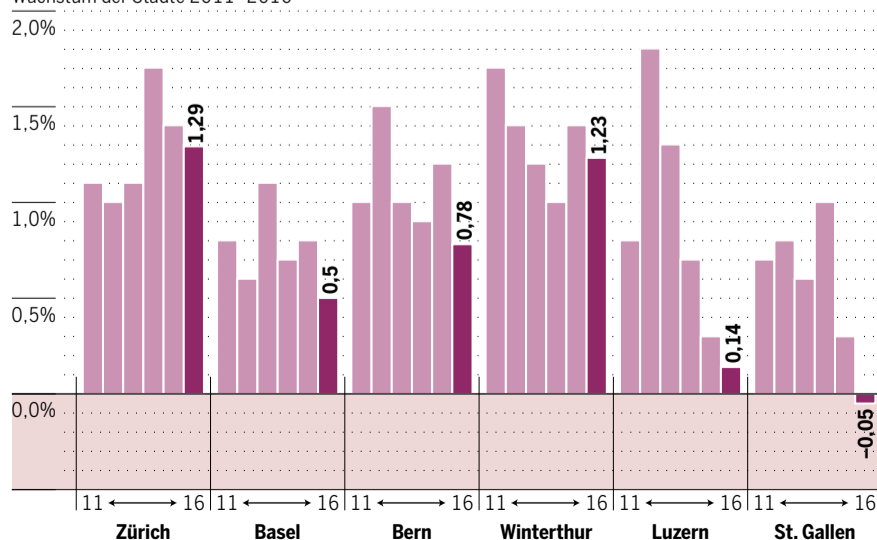
In Luzern glaubt man nicht an das Ende des Booms. «Das Wachstum in den letzten 20 Jahren war stets grösseren Schwankungen unterworfen, sodass das aktuell geringe Wachstum weder signifikant noch besorgniserregend ist», sagt Baudirektorin Manuela Jost (GLP). Eine neue Bau- und Zonenordnung werde neuen Wohnraum ermöglichen. Für die Planung gehe man von einem Wachstumswert von 0,9 Prozent aus. (mso)

## Veränderung der Wohnbevölkerung der grössten Deutschschweizer Städte

Ständige Wohnbevölkerung (ohne Wochenaufenthalter und Flüchtlinge)\*

	Zürich	Basel	Bern	Winterthur	Luzern	St. Gallen
2011	376 990	164 516	125 681	103 075	78 093	73 505
2015	396 955	169 916	131 554	108 268	81 295	75 538
Zuwachs	19 965	5 400	5 873	5 193	3 202	2 033
	+5,3%	+3,3%	+4,7%	+5,0%	+4,1%	+2,8%

Wachstum der Städte 2011–2016



\* Zahlen vom BFS für 2016 noch nicht veröffentlicht

TA-Grafik mru/Quellen: Bundesamt für Statistik, Städte, TA